

3. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 12. Dezember 1953

74/A.B.

zu 17/J

Anfragebeantwortung

vom 24.4.1953,

Zu einer Anfrage der Abg. C z e t t e l und Genossen/ betreffend das Vorgehen des sowjetischen Stadtkommandanten von Neunkirchen in Angelegenheit einer Wohnungsbeschlagnahme, teilt Bundesminister für Inneres H e l m e r folgendes mit:

Der sowjetische Stadtkommandant von Neunkirchen hat im Februar 1953 zwei Wohnungen einer damals noch im Bau befindlichen Wohnanlage für zwei österreichische Zivilpersonen angefordert, die bei der Stadtkommandantur beschäftigt waren.

Dieses Begehren wurde vom Bürgermeister der Stadt als ein im Kontrollabkommen nicht begründeter Eingriff in die österreichische Verwaltung abgelehnt. Überdies konnte er darauf hinweisen, dass die vom Stadtkommandanten als Mieter namhaft gemachten Zivilpersonen über ausreichende Wohngelegenheiten in der nächsten Umgebung von Neunkirchen verfügten und die beiden zu vergebenden Wohnungen bereits den bedürftigsten unter den 50 mit der höchsten Dringlichkeitsstufe vorgemerkt, insgesamt ungefähr 450 Wohnungswerbern der Stadt Neunkirchen zugesichert waren.

In der Folge hat der sowjetische Stadtkommandant seine Forderungen wiederholt durch Einschüchterungsversuche und versteckte Drohungen durchzusetzen versucht.

Ich habe daher noch im März eine Unterredung des Bürgermeisters mit dem Vorsteher der sowjetischen Kontrollkommission für Niederösterreich, Oberst Schelkownikow, vermittelt, der dem Bürgermeister gegenüber den Standpunkt vertrat, dass die sowjetischen Befehle ausgeführt werden müssen, andererseits jedoch auch die Erklärung des Bürgermeisters entgegennahm, er werde Befehle nur dann ausführen, wenn sie dem Kontrollabkommen entsprechen. Schliesslich erklärte Oberst Schelkownikow damals dem Bürgermeister, er solle weitere Anordnungen abwarten, die er durch das Amt der niederösterreichischen Landesregierung erhalten werde.

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12. Dezember 1953

Der sowjetische Stadtkommandant hat dann entgegen dieser Zusicherung des Vorstehers der sowjetischen Kontrollkommission für Niederösterreich noch nach Einweisung der von der Gemeinde hiefür vorgesehenen Wohnungswerber den Versuch unternommen, sowohl den Bürgermeister der Stadt Neunkirchen als auch die Mitglieder des Wohnungsausschusses unter Druck zu setzen, und dem Bürgermeister mit dem Militärgericht gedroht, falls die Schlüssel für beide Wohnungen nicht innerhalb von drei Tagen ausgefolgt würden, ist aber später auf diese Forderung nicht mehr zurückgekommen.

Da diese Angelegenheit dank der aufrechten Haltung des Bürgermeisters der Stadt Neunkirchen und der Mitglieder des Wohnungsausschusses somit bereinigt war und sich in der Folgezeit das Verhältnis der Kommandantur Neunkirchen nicht nur zu den österreichischen Sicherheitsbehörden, sondern auch zur Bezirkshauptmannschaft und insbesondere zur Gemeinde Neunkirchen wesentlich gebessert hat, haben sich weitere Schritte erübrigt.

-.-.-